

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholte Ausgabe A mit Illust. S. 10.00 M.
Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei. Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. —
Die sächsische Zeitung erscheint an allen Wochenenden nach. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Ausgaben: Ausgabe von Geschäftsanträgen ab 10 Uhr, von Familienangelegenheiten ab 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungssatzerei 1.40 M. im Restamt 8.50 M. Familienangelegenheiten 1.00 M. — Für unbedeutliche geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen bitten wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Das Plauensche Versailles

Es ward Ereignist die Ritter im Krieg aus Papiermaché haben einen Sieg errungen. Sie können sich stolz zur Zeit des Jahresfestes von Versailles in die Brust werfen: Sie haben es geschafft, sie haben es erreicht, daß das freistaatliche Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts — ges. Michel — die katholische Schule in Plauen i. B. für aufgelöst erklärt hat. Man nimmt das Urteil vom 11. Juni 1920 „betw. Widersprüche der katholischen Schulgemeinde usw. gegen die Evangelische Blatt 64“ vor Hand und man ist doch noch immer erstaunt über so viel Staatsweisheit und über den Mut, von solcher Staatsweisheit allgemeinen Gebrauch zu machen. Aber man hat es ja schließlich nicht mit Hölz zu tun und man weiß, daß man im Kampfe gegen die Katholiken nicht art zu fragen braucht, ob genug Reichswehr vorhanden ist. Denn die Katholiken machen ja prinzipiell keine Revolution und lehnen es ab, zu Minenwerfern und Maschinengewehren zu greifen. Aber wenn gewisse Instanzen glauben, daß sie im Kampfe gegen die Katholiken sogar die Logik entbehren können, dann geht das doch zu weit. Dann auch dagegen auf das Schärfste Front gemacht werden.

Borek das eine auch über die Plauensche Sache ist das leidet noch nicht gesprochen, und es bedarf nur des treuen Zusammenschlusses der Katholiken dort, dann wird auch ihnen die durch die Reichsverfassung bis zum Erlass des Reichskultusgesetzes gesicherte katholische Schule erhalten bleiben.

Wie wollen uns nun mit dem Erlass des Kultusministeriums, der wirklich voller Widersprüche ist, etwas beschäftigen. Der Erlass beruft sich, daß in Plauen auf Grund der Befehlen Verordnung zum Beginne des Schuljahres 1919/20 „zunächst die 9. Klasse“ (Reutlingen) und die 7. Klasse sämlicher Volkschulen, „durchsichtlich der beiden katholischen Schulen miteinander verschmolzen und zu diesem Zwecke neue Schulbezirke gebildet wurden“. Dem gegenüber bemerkt wir folgendes:

Gewiß bestanden im Schuljahr 1919/20 an beiden katholischen Schulen für die ersten zwei Schuljahre die auf Grund der Befehlen Verordnung und noch vor dem Inkrafttreten der Reichsverfassung gezwungenen Einheitsklassen. Für die anderen Schuljahr (3. bis 8.) bestanden aber auch dann reine konfessionelle katholische Klassen. Das Wesentliche aber ist, daß seit Ostern 1920 gemäß der Reichsverfassung die 1. katholische Schule wieder rein konfessionell ist. Alle katholischen Kinder, vom 1. bis 8. Schuljahr, sitzen in katholischen Klassen.

Rum wagt es — ja vielleicht mag es, ein anderer Ausdruck ist hier nicht am Platze — das Kultusministerium, darauf hinzuweisen, daß der katholische Schulvorstand seinerzeit sein Einverständnis ausgesprochen habe. Wie verhält sich die Sache?

Das Einverständnis des Schulvorstandes ist niemals rechtssicherlich ausgesprochen worden. Natürlich mußte sich Ostern 1919, da die Reichsverfassung noch nicht in Kraft getreten war, der Schulvorstand dem zwangsweise Vorgehen fügen, aber unter Aufrechterhaltung des Protestes und in Erwartung der angrenzenden militärischen Entscheidung, von der aber niemals etwas bekannt wurde. Es ist niemals vom katholischen Schulvorstand eine schriftliche Zustimmung erfolgt, etwa durch protokollarische Unterschrift oder dergleichen. Und nun bestätigt sich das Kultusministerium auf das angebliche Einverständnis des katholischen Schulvorstandes. Und dieser Berufung fügt das Kultusministerium folgenden klassischen Satz zu:

„Doch er (der katholische Schulvorstand nämlich) hierzu (zu dem angeblichen Einverständnis nämlich) durch Drohungen veranlaßt worden ist, kann nicht ins Gewicht fallen, da die damals allein maßgebende Verordnung vom 12. Dezember 1918 — wenn nötig — mit den geordneten Straungsmitteln durchzuführen war.“

Gibt es eine glänzendere Rechtfertigung für den katholischen Schulvorstand in Plauen als diesen Satz des sächsischen Kultusministeriums, das ausdrücklich betont, daß es bereit gewesen wäre, die Revolutionserklärung des sozialdemokratischen Volksbeauftragten auf mit Gewalt durchzuführen. Und mit einer solchen Auskunft wartet man es, im Deutschen Reich heute noch die Auflösung der katholischen Schule zu begründen.

Diese Proben genügen wohl, aus der so genannten Verbindung des sächsischen Kultusministeriums. Sicherlich lesen wie protestieren gegen diesen Gewaltakt in Plauen und wir fordern die Reichsregierung auf, sondern sie auf auf Grund der Reichsverfassung, den Katholiken von Plauen ihr Recht zuteil werden zu lassen. Heute mehr denn je müssen wir die Erhaltung unserer konfessionellen Schulen eintreten. Es ist eine Stütze erschienen, auf Grund einer Befragung des liberal-sozialistischen Sächsischen Lehrervereins. Dieser Verein hat an seine Mitglieder die Frage gerichtet, ob sie bereit wären, einen Religionsunterricht „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft“ zu erteilen und die weitere Frage an diese Mitglieder gerichtet, ob sie bereit seien, den Religionsgeschichtlichen Unterricht — also den Moral-

unterricht — zu erteilen. Von den Mitgliedern haben die Frage auf Erteilung des Religionsunterrichtes in ganz Sachsen nur 870 mit ja, 12743 aber mit nein beantwortet. 46 haben sich der Stellungnahme enthalten und bei 186 waren die Antworten unklar. Auf die zweite Frage aber — Erteilung des sogenannten „Religionsgeschichtlichen Unterrichts“ — haben 11301 mit ja geantwortet, 1516 mit nein, 52 haben sich der Abstimmung enthalten, 473 waren unklar. Daran ist also ersichtlich, daß die überwiegende Mehrheit der dem Sächsischen Lehrerverein angehörigen Lehrerschaft nicht mehr auf christlichem Boden steht. Es sei ausdrücklich betont, daß die katholische Lehrerschaft in diese Stundfrage nicht mit einbezogen ist. Von ihr wissen wir ja, daß sie treu zu ihrer Religion hält und die ganz wenigen Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Das wird heute auch vor allem vielfach auf evangelischer Seite anerkannt. So schreibt Pastor Falobi im alten „Sächsischen Kirchenblatt“ (Nr. 26 vom 25. Juni 1920) unter anderem folgendes:

„Mit einem gewissen Reiz verfolge ich die Haltung der katholischen Lehrer Sachsen. Tatsak stellt sie sich vor ihre Kirche, deren Interessen sie in den vergangenen Agitationswochen als Werber für das Zentrum versuchten. Daneben blieb ihnen Zeit, auf einem Ende Mai in Dresden abgehaltenen Verhandlungstag wesentliche Fragen zu erörtern. Was in der Begrüßungsversammlung gelobt war: „Wir wollen zeigen, daß wir in unserer Weltanschauung zusammenhängend und an der konfessionellen Gestalt der Volksschule festhalten. Wir wollen zur Erneuerung des deutschen Volkes beitragen trost aller Not, die uns besitzt“, das wird in den eigentlichen Verhandlungen eingelöst. Wenn die „Sächsische Volkszeitung“ (vom 31. Mai) dem Referat des Bayenovs Seminaroberlehrers Dr. Nolle über den „Kampf um die allgemeine Volksschule“, „tiefe Wissenschaftlichkeit, heilige Klarheit und strenge Folgerichtigkeit“ nachkommt, so behauptet sie, nach dem von ihr katholischen Auszug nicht zu viel. Tief schmerlich berührt uns dagegen so mancher Artikel in Sachsen“ evangelischer“ Lehrerpresse. Unter den katholischen Lehrern unseres Landes stehen auch entsprechende Schulgemeinden. Mit zäherster Tapferkeit nahmen sie zu Plauen, Bautzen und in der Lausitz wider die gegenwärtige Negierung ihre Wege. Sie durften gewiß sein, daß die Hauptleitung des Zentrums sich für sie mit nicht geringerer Entschiedenheit einstellt.“

Ja, es ist ersichtlich, daß die katholische Lehrerschaft mit den katholischen Eltern in Sachsen hand in Hand arbeitet, und leuchtend strahlt in dieser glaubenslosen Zeit das christliche Danke herab, das die katholische Lehrerschaft hochhält. Aber wenn es noch eines Beweises bedarf hätte, wie notwendig es ist, daß das katholische Volk unter allen Umständen an seinen mit so vielen Opfern errichteten katholischen Schulen festhält, dann ist es eben dieses Abschlußergebnis im Sächsischen Lehrerverein. Wir wollen unsere Kinder in unserer Weltanschauung erziehen lassen. Wir wollen sie von der großen christlichen Idee auch in der Schule befrüchten lassen, weil wir an diese Idee glauben, weil wir nicht auf sie hoffen, sondern weil wir wissen, daß nur dann eine ernsthafte Gesundung des Volles eintreten kann, wenn es wieder von der großen christlichen Idee erfüllt ist. Pastor Falobi sagt in seinem Artikel im „Sächsischen Kirchenblatt“, die Katholiken Sachsen blieben „eine Macht, schon um des manhaften Neuganges willen, das sie fort und fort für ihren Glauben leisten“. Wie wollen gewiß keine Macht sein, die nach verlorenen Mustern ihre Ansicht mit Gewaltmittel durchführt. Aber gewiß, eine Macht wollen wir bleiben im Sinne des manhaften Neuganges, das die Katholiken fort und fort für ihren Glauben leisten. Wir wollen nicht Macht vor Macht, aber wir wollen und fordern Macht vor Macht, und um dieses Macht werden und müssen wir weiter kämpfen. Wir alle haben inzwischen die Rede des Reichsanzlers Fehrenbach vom letzten Montag mit dieser inneren Ergriffenheit gelesen. Wir haben es gelesen, wie dieser hervorragende Mann unsern Herrn als Jungen angerufen hat, daß er nur als ein Opfer seiner Auffassung von vaterländischer Pflicht das Amt des Reichsanzlers übernommen hat. Und er hat an das deutsche Volk den warmen Appell gerichtet daß in dieser Zeit, in der es um Leben und Sterben unseres Volles geht, alle Rümpfe zurücktreten mühten und er hat als Parole der Regelung ausgegeben: Kampf jeder sozialen und religiösen Vergewaltigung. Er hat die Frage aufgestellt wer es denn verantworten könne in dieser Zeit, den schrecklichen Krieg im Innern fortzuführen, nachdem wir an den Grenzen des Fleisches Frieden haben.

Wir alle wollen in diesem Sinne mitarbeiten. Wir alle sind bereit, alles Gegenwärtige zurücktreten zu lassen und die Fahne der Gemeinsamkeit hoch und frei im Winde wehen zu lassen. Wir alle wissen, daß dem deutschen Vaterlande das Wasser bis zum Halse steht. Und weil wir das alle wissen, und weil wir deshalb überzeugt sind, von der Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit, um so feierlicher und entschiedener erheben wir eben Protest gegen die Vergewaltigung der katholischen Eltern in Plauen i. B. und diesem Protest — davon sind wir überzeugt — wird sich das katholische Volk in ganz Deutschland

land anschließen. Über wie wir glauben, darüber hinaus auch alle die, welche guten Willens sind und welche mit uns den Erlass des Kultusministeriums von Sachsen vom 11. Juni 1920 geradezu als eine Versündigung an unserer jetzigen Heimatlage ansehen müssen. Die Frage braucht ja nicht mehr erörtert zu werden, ob es zeitgemäß ist, lange Aktionstage anzurichten, um katholische Schulen zu vernichten. Das Sächsische Kultusministerium hat diese Frage mit ja beantwortet. Es hat dieses Aktionstahl ausgearbeitet und es hat seinen Bannstrahl gegen die katholischen Schulen nach Plauen gerichtet. Um so notwendiger ist es, daß wir nun nicht an alle diejenigen, die das Unerhörte dieser Handlungswelle in dieser Zeit empfinden, an Recht und Gerechtigkeit appellieren.

In wenigen Tagen wird sich der Reichsanzler mit den Reichsministern Simon und Wirth nach Spa an begeben, und er wird auch dort gegen die vorjährige und gegen jede neue Vergewaltigung Protest einlegen. Der Tag von Spa wird nicht nur ein historischer sein, er wird über die Zukunft des deutschen Vaterlandes, über Leben und Sterben des deutschen Volles entscheiden. Und weil wir keine Wiederkehr von Versailles wünschen, deshalb müssen wir auch gegen jede Vergewaltigung auf kulturellem Gebiete Stellung nehmen. Das geheimrätliche Produkt des Kultusministeriums im Falle Plauen kann nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden. Der Reichsanzler hat am Montag in Berlin erklärt, daß was vor allem uns Not tue, seien Ruhe und Ordnung in unserem Staatwesen, die nur von der Achtung vor der Autorität der Regierung getragen werden können. Wir können es als keinen Alt des Autoritätsgedankens ansehen, wenn das sächsische Kultusministerium in diesen Tagen erneut die Fackel des Kultuskampfes in das Volk wirft und sich nicht damit abfinden will, daß auf dem Gebiete der konfessionellen Schule, auf Grund der Reichsverfassung bis zum Erlass des Reichs-Kultusgesetzes das bestehende zu bestehen hat. Das katholische Volk und weit darüber hinaus das christliche Volk werden und müssen aber an der Reichsverfassung festhalten und wir lassen uns kein Versailles in Plauen herstellen. Wie wollen das Wort aufnehmen, das der Pastor Falobi in dem genannten „Sächsischen Kirchenblatt“ schreibt: „Tödlicher als auf das den Finger zu legen, das von ihnen (Katholiken) trennt, ist es, an das zu erinnern, das uns mit ihnen eins. Dein neuerster Fleiß hat der Kultuskampf alles andere als Förderung eingespielt, dem zusammengebrochenen Deutschland würde eine Neuauflage vielleicht tödliche Wunden verursachen.“ Zum sächsischen Kultusministerium scheint man das nicht einzuschätzen. Nun denn: Der Fall von Herne mag ein warnendes Beispiel sein; wenn nichts hilft, wenn dem Menschen nicht das Recht wird, dann muß das christliche Volk eben sich gegen das Plauensche Versailles durch den Alt der Selbsthilfe wehren, natürlich nicht nach hölzarem Muster, demgegenüber die sächsische Regierung machtlos war, sondern durch die praktische Auswirkung der Erklärung, daß die Katholiken und auch die gläubigen evangelischen Eltern ihre Kinder nur in Schulen ihrer Weltanschauung schicken. Die Katholiken von Herne haben gezeigt, daß sie einen Schulstreik aushalten können, wenn ihnen religiöse Vergewaltigung zugemutet wird. Noch hoffen wir, daß es bei und nicht soweit kommen wird. Wie schon erwähnt, hat der Reichsanzler jeder religiösen Vergewaltigung den Kampf angelegt. Er hat ihn angefangen als Programm der gegenwärtigen Reichsregierung. Und darum tuen wir, auf zur Tat, auf zum Kampf gegen jede Vergewaltigung! Den Plauener Katholiken muß ihre katholische Schule erhalten bleiben.

hal.

Die unmögliche Entwaffnung

Nur ein Wandel in der Bevölkerung kann der westeuropäischen Menschheit die Rettung aus dem wilden Strudel der Gegenwart bringen. Es muß endlich wieder ein Recht gelten und ein Gesetz, es müssen den verirrten Säuglingen wieder einheitliche, klare Richtlinien gewiesen werden. Aus der Festigung nicht aus dem Auseinanderfallen kann die Heilung kommen.

In dem Geist von Versailles ist nichts von der Einsicht gewesen, die dem verschwimmenden Frieden gönnt, um sich wieder aufzurichten. Vergangenes haben alle unseren Anstrengungen bleibend müssen, dem Lande einen neuen Aufstieg zu ermöglichen. Solange dieser Friedensgeist erlahmt, können wir von der Zukunft nichts erwarten.

Und es hat leider ganz den Anschein, als sollte unsere Friedenskraft noch kein Ende finden. Was in Boulogne entschieden worden ist, was unseren Unterhändlern in Spa offenbar wieder nur zur Anerkennung, nicht zur Verbreitung, vorbereitet werden soll, sind unerträgliche, erbarmungslose, den Lebensmut abschüttende Fortbewegungen. Am schlimmsten ist davon das Angebot eines weiteren Verminderung unseres Heeres. Von 200.000 Mann bisher soll das Heer auf 100.000 herabgesetzt, die Sicherheitspolizei, Einwohnerrecht und Reisefreiheit sollen aufgehoben und allein eine mäßige Verstärkung der Friedenspolizei, die nicht einmal die Verstärkung des Heeres ausgleicht, zugelassen werden. Die Festigung unserer Ansände von der oben geforderten wurde, ist allerdings eins aus dem Friedensstreit entfernt, wenn diese Bedingungen wirklich durchgeführt werden sollen.

Das Heer als einen Selbstzweck mag kaum jemand annehmen, der diesen Krieg mit überdauert hat. Das Heer als Ersatz der Staatsordnung, der Regierungsautorität ist in verschiedener Stärke zu denken, je nach der Stärke, in der städtisches Empfinden im Staate bearbeitet ist. Unzureichend wird ein Heer von 100.000 Mann auf eine Bevölkerungsmenge wie die deutsche unter allen Umständen

gleitung befand sich Graf Breising und der Benehmitz 20. J. 1920. Signare Bocelli begab sich nach der St. Hedwig-Kirche, wo er zum heutigen Peters- und Paulus-Tage die Messe las. Graf Breising hatte im Laufe des heutigen Vormittags dem Minister des Älteren Simon seinen Besuch ab.

Gerechter Krawall

Berlin, 20. Juni. Ein Versuch, heute früh Lebensmittelzulieferungen in der Bentzgauhalle herzurufen, ist durch schnelles Eingreifen der Sicherheitspolizei im Reine erstellt worden. Der Rädelsführer, der aus Hamburg stammt soll, wurde festgenommen.

Zu den Lebensmittelzulieferungen

Hamburg, 20. Juni. Die Bevölkerung demonstrierte am Morgen gestern einen ersten Charakter an. Ein Wasserabend wurde gestartet und für 55 000 Mark Wasser, Beweise und Munition gekauft. Reichswehrsoldaten wurden auf der Straße mißhandelt und der Schlagwaffe ausgesetzt. Vor dem Rathaus versammelte sich eine Menschenmenge, die das Rathaus stürmen wollte. Nach dermaliger vergeblicher Aufforderung den Zug zu räumen, gab die Reichswehr erste Schüsse ab. Als darauf aus einem Hause die Schüsse erwidert wurden, rückte die Reichswehr eine Salve, bei einer der Aufzüge, ein 28-jähriger Schreiner, und eine Kaufmannswitwe, die sich trotz der Aufforderung nicht vom Fenster entfernen, getötet wurden. Vier Personen wurden verletzt. Heute die Stadt wurde der Friedensland verhängt.

Hamburg, 20. Juni. Hier sind der gestrige Tag und die Nacht zu heute ruhig verlaufen. Auf dem Gemüsemarkt wollten die Bauern ihre Waren zu den von den Detailisten gebotenen herabgeführten Preisen nicht verkaufen. Sie packten ihre Waren ein und zogen ab. Damit hat ein Streik der Bauern eingesetzt, dessen Folgen vorläufig nicht absehbar sind. Nachdem gestern abend in der Umgebung Hamburgs große Truppenmengen zusammengezogen wurden, ist in den frühen Morgen mit dem Abtransport begonnen worden. Unterbrochen rollten Züge mit Soldaten, Maschinengewehren, Bagagewagen, nach Hamburg und Eltville.

Mainz, 20. Juni. Der gestrige Tag ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben gegen die Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst protestiert und einen Anbau- und Lieferungsstreik angemeldigt. — Die Stadt Mainz hat anlässlich der Lebensmittelzulieferung die Reichsregierung das Dringholz zu tun. Ferner wird ein Abbau der Kartoffelpreise und Abschaffung der Aufschläge auf manche Lebensmittel und Bedarfssorten an die sozialistischen Gesetzgebungskräfte verlangt.

Karlsruhe, 20. Juni. In Badische wurden eine große Versammlung des badischen Bauernvereins von Arbeitern, die gegen die Zerlegung der Lebensmittel demonstrierten, gescheitert. Nachdem die Bauern aus dem Dorf vertrieben waren, hielten die Arbeiter eine Versammlung darin ab.

Das Ende der Reichskommission

Berlin, 20. Juni. Der Reichskommissar für Finanzen, dem sächsischen Oran, der Regierung aller die wirtschaftliche Vorbildung zum Einflußkreis militärischen Militärdienst betreffenden Fragen, ist seine Aufgabe durch die Ausschaltung des Reichs entzogen worden. Demnach hat der Reichstag unter dem 12. Mai d. J. beschlossen, diese Kommission hat der Reichskommissar des Innern der Kommission, welche 51 Jahre lang bestand, und bis auf den Schluß des Prinzipalvertrages und des Auslandsabwicklungsvertrags eine rege Tätigkeit ausgeübt hat, den Saal der Reichsregierung ausgesprochen.

Deutschland und Litauen

Kowno, 20. Juni. Der Präsident der Nationalversammlung hat das Kabinett zu einem Wahltag geladen, an dem auch die Vertreter der freien Staaten teilnehmen. Der deutsche Geschäftsträger für Litauen Dr. Schönbeck hielt hierbei eine Rede in der er u. a. sagte die deutschen Industrien, doch das litauische Volk, dessen hoher kultureller Ernst und feurige und Weile zu friedlicher Arbeit und dessen fülliges Vorwärtsstreben im deutschen Volke höchstes Verständnis und höchste Wertschätzung gefunden hätten, erfolgreich fortsetzte auf der Bahn, die ihm von weltgewandtem Geiste seiner besten Männer gewiesen sei.

Österreichisch Auszählung

Wien, 20. Juni. Eine Parlamentsversammlung zufolge beschloß der Parteitag der Nationaldemokratischen Partei einstimmig, folgendes Telegramm an den deutschen Reichskanzler zu senden: Am Ende des Anschlagsabends stand, enthielt die Botschaft des Nationaldemokratischen Partei des Präsidenten im Deutschen Reich herzlicher das Hauptziel unserer Politik in der Überzeugung, daß ein echtes Groß-Deutschland die einzige und sicherste Weise für den Wiederaufbau unseres armen Österreichs bietet.

Österreichische Wählerstimmen

Wien, 20. Juni. Im Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung hoben die Wähler den Ernst der Stunde in ihrer wahlpolitischen Erklärung hervor, in der sie neue Regierung die Führung der Geschichte Deutschlands übertragen. Dem entsprechend war die Rede Schönenbachs, wie das Wiener Tagblatt schreibt, nüchtern und vorsichtig, nur die redlichen Wünschen und das Selbstverständnis der Heimat, die in der Heimat, die die Kriegsfürde die Werte langer Jahrhunderte vernichtet hat. In dieser Selbstbeschränkung lag der Wahlausgang seiner Erwartungen, deren Früchte die ganze Welt genossen hat, indem sie den Hoh gegen Deutschland in sich tragen und gewidmet hat. Das "Neue Wiener Tagblatt" sagt, das Programm Schönenbachs, der Wiederaufbau bestimmt, was der Krieg zerstört hat, ist nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Frage. Ein Span wird es sich zeigen müssen, ob das ungerechtfertigte künstlich gefärbte Misstrauen gegen den guten Willen Deutschlands, welches der Kanzler als eines der Hindernisse für die Erfüllung des Friedensbedingungen hinstellte, zu bannen sein wird.

Die Ausbaubarkeit Deutschlands für Frankreich

München, 20. Juni. Nach authentischen Berechnungen hat Deutschland für Frankreich bereits 8 bis 10 Milliarden Ausbaubarkeit geleistet. Dafür haben die Franzosen einen Hungerlohn von 20. Am pro Tag versprochen, aber bisher noch nicht gezahlt. Politisch machen die Deutschen Vertreter in Spanien auf diese Widerleistung Deutschlands mit aller Deutlichkeit aufmerksam.

Genua, 20. Juni. Wie Hobas meldet, hat der französische Minister für die nicht zustandekommenden Arbeitertransferte in das Wiederaufbaugebiet italienische und italienische Arbeiter angeboten. Die Gesamtosten gehen zu Lasten Deutschlands und betragen etwa 2 Milliarden Franken.

Genua, 20. Juni. Der "Politico" meldet: Für das Vierteljahr April-Juli sind von Frankreich an Kosten für die Besatzungsarmee in Deutschland und für den Unterhalt der Kontrollkommission in Berlin 1,9 Milliarden Franken der deutschen Regierung zur Verfügung mitgeteilt worden.

Genua, 20. Juni. Auf der internationalen Handelskonferenz in der Sorbonne hat gestern Eugen Schneiders eine Rede über den Wiederaufbau Frankreichs. Der Redner sagte, nach dem offiziellen Bericht seien bis zum 1. April d. J. 8861 industrielle Betriebe wieder in Stand gesetzt mit über 20000 Arbeitern. Ramentum um alle in der Wiederaufbau der Tegliabindustrie im großen Umfang vor sich gegangen. 70 Prozent der zerstörten Betriebe sind wieder im Gang. In der Landwirtschaft sind bis zum 1. April drei Millionen Hektar Land ausgereißt worden. 5000 km Eisenbahnen haben wieder hergestellt, ebenso 10000 km Straßen. 1700000 Flüchtlinge konnten in ihre Heimat zurückkehren. 200000 Häftlinge sind neu entstanden für 10 Milliarden Franken.

Schreiben im Reichstag

Berlin, 20. Juni. Der Reichskanzler Schenck hat sich heute dem Reichstag mit einer Ansprache vor, in der er ausführte, die Interessen von Reich und Ländern seien in wesentlichen Punkten dieselben, und in den großen schweren Räten der Gegenwart seien Reichsrat und Regierung auseinander angesiedelt. Beide sollten auf der gemeinsamen Grundlage der Regierungserklärung bei der praktischen gesetzgeberischen Arbeit die gleichen Wege gehen und dahin streben, daß eine jeweilige Beschleunigung der Anschauungen ohne Steibung in gesetzgeberischer Arbeit ausgetragen werden könne. Staatssekretär Göhrde erwiderte namens des Reichstages mit Worten des Dankes und gab der Meinung Ausdruck, daß alle Mitglieder des Reichstages dies durchdringen seien von der Notwendigkeit, daß Reichsregierung und Reichsrat einträchtig zusammenarbeiten. — Dann übernahm Reichsjustizminister Dr. Heine die Leitung der Verhandlungen, in denen eine größere Reihe verschiedenartiger Gegenstände erledigt wurden. U. a. wurde ein Gesetzentwurf angenommen, wonach für den zukünftigen Vorbereitungsdienst auch die Tätigkeit angeordnet wird, die in den abgetrennten Gebieten seit der Zeit der Abreise geleistet worden ist. Der Gesetzentwurf über die Entschädigung der Mitglieder des Reichstages wurde angenommen und die monatliche Entschädigung auf 1500 Mark bemessen. Außerdem wird eine zusätzliche Entschädigung für solche Mitglieder gewährt, die während der Zeit der Unterbrechung der Dienstzeitungen an Ausschreibungen teilnehmen, und zwar im Betrage von 60 Mark gegenüber bisher 20 Mark. In der Verordnung über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Fleischabvertrages war auch die Entfernung von Bienen und von Wild vorgesehen. Da sich hiergegen Bedenken erhoben, wurde dieses gestrichen und die Regelung im einzelnen dem Ausklang des Reichstages überlassen, der über die Ausführung des Friedensvertrages zu beraten hat. Dem Reichstag wird ein Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Eigentums vorgelegt. Der Vortrag soll am Mittwoch in Bern unterzeichnet werden. Es handelt sich um eine für Deutschland vorteilhafte Abänderung der Pariser Urheberrechtskonvention von 1883. Der Reichstag wird am Donnerstag noch eine Sitzung abhalten, damit der Reichstag diese Vorlage noch vor seinem Auseinandergehen erledigen kann.

Die Formel der Verständigung

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 20. Juni. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die Sozialdemokraten mit Reichskanzler Schenck dahin geeinigt, daß ein Vertrauensvotum zwar nicht stattfinden wird, dafür aber eine Art Formel aufgestellt werden soll und zwar so, daß der Reichstag einen Beschuß annehmen wird, wonin die Regierung erachtet wird, die Geschäfte in dem Sinne ihrer Erklärung weiterzuführen. Diesem Beschuß anzugreifen werden auch die Sozialdemokraten bestimmen.

Der Reichskanzler bei den Studenten

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 20. Juni. Der Kartellverband thüringischer Studentenverbündungen hielt gestern (Peter und Paulfest) im Kreise hervorragender Parlamentarier in Wannsee bei Potsdam ein Sommerfest ab. Diesem wohnten als alte Herren von Korporationen dieser Verbändes unter anderem Reichskanzler Schenck, Minister a. D. Dr. Bell und der Vizepräsident der Landesversammlung Geheimrat Dr. Pöschl bei. Der Reichskanzler, der durch eine beglückwünschende Ansprache ausgeschaltet wurde, erwiderte mit einem frischen Appell an die Studenten, dem er das Wort des Bischofs Kreyer zugrunde legte: "Meine Freunde". In der Begründung dieses Wortes führte der Kanzler aus, die Jugend möge wohl das Leben genießen, aber dabei doch nicht der Arbeit vergessen und sich besonders den Fachschulen widmen, da wir in der heutigen schweren Zeit Facharbeiter ganz besonders benötigen. Mit dem Abhören des Vortrages "Deutschland Deutschland über alles" wurde der lange, aber zu Herten gehende Gedankt beendet.

Streitstimmung in Berlin

(Eigener Drahtbericht der "Sächs. Volkszeitung")

Berlin, 20. Juni. Das Ergebnis der Abstimmung in den Verträgen der Großen Berliner Straßenbahnen beweist sich ungarisch in denselben Verhältnissen, wie bei der Hochbahn. Es ergab etwa 8400 für den Streik und 1200 für die Arbeit, also eine große Mehrheit für den Streik. Die Lage erschafft dadurch eine wechselseitige Verpflichtung als gleichzeitig die Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes eine Streikbewegung eingeleitet haben. Mit diesem Streik verfolgen die Arbeiter nicht eigene wirtschaftliche Ziele, sondern es soll lediglich zur Unterstützung der Arbeiter des Elektrizitätswerkes in Südbornisch-Solna proklamiert werden. Ein solcher Streik würde natürlich, da er die Stromversorgung der Straßenbahn sofort legen würde, auch dann einen Verkehrsstand erzwingen, wenn es gingen sollte, eine Einigung mit den Straßenbahnen herzustellen.

Die Landwirtschaft von Alpe-Teimold

Teimold, 20. Juni. Gegen den von der Reichsregierung festgestellten Kartoffelpreis von 30 Mark für den Prentz hat in Alpe, wie die "Neue Zeitung" berichtet, ein allgemeiner Sturm auf eingefeuert. Nicht allein das Landesamt für Landwirtschaft erklärte die Reichsregierung als eine unfreundliche Preispolitik, sondern auch die Erzeuger machten gegen die Regierung Maßnahmen mobil. Die Landwirte traten vor einigen Tagen in Thümmar in großer Anzahl zusammen und beschlossen für die Kartoffeln nächster Ernte einen Höchstpreis von 12 Mark.

Zur Abstimmung

Marienwerder, 20. Juni. In einer Unterredung des Chefs der interalliierten Kommission mit dem deutschen und polnischen Deutschen Propaganda-Ausschusses kündigte er an, daß sich alle Verbündeten im Abstimmungsgebiete am Tage der Abstimmung aller höheren Beichen, die auf ihre Nationalität hinzuhalten müssen, für die letzten drei Tage in ein allgemeines Altholzverbot vorsehen. Bei dieser Gelegenheit wurde darauf hingewiesen, daß besonders in Berlin politische Agenten Abstimmungsausweise einlaufen und dafür bis 8000 Mark zahlen. Diese Agenten versuchten, die Abstimmungsberechtigten zur Herausgabe ihrer Abstimmungsausweise mit dem Hinweis zu bewegen, daß sie die Abstimmung der Polen gestoppt.

Neue italienische Kurzfrist

Mailand, 20. Juni. Der "Secolo" berichtet über neue Zwischenfälle in verschiedenen Städten der Romagna. In Forlì haben die Demonstranten eine Brücke gesprengt. In Cesena wurde ein Soldat getötet. Zwischen Demonstranten und Polizei kam es in Rimini zu heftigen Zusammenstößen. Schwere Raine waren die Tumulte in Terni. Hier griffen aufsehenerregende Elemente nach einer sozialistischen Versammlung das Volk der italienischen Vereinigung Union an, wobei es vier Tote und elf Verwundete gab. Nach dem "Corriere della Sera" hat sich die Lage in Oberitalien bedeutend verbessert. In Roma wurde die Ruhe wieder hergestellt.

Mailand, 20. Juni. Der "Avanti" veröffentlicht einen Aufruf der italienischen sozialdemokratischen Partei und des italienischen Allgemeinen Arbeitersbundes an das italienische Proletariat, der hinsichtlich Albaniens die Arbeiter und Soldaten auffordert, einen etwaigen neuen Krieg mit dem Stoff "Revolution" zu beantworten.

Rom, 20. Juni. In der Kammer erklärte Giolitti, ein mit mehr als nur militärischen Vollmachten besetzter Diplomat habe

sich am Dienstag nach Albanien begeben, um mit der albanischen Regierung zu verhandeln. Es sei auf diese Weise eine rasche Verständigung mit Albanien zu erreichen.

Eine internationale Handelskammer

Paris, 20. Juni. Heute ist eine internationale Handelskammer gegründet und damit der internationale Handelskongress geschlossen worden, an dem Vertreter von Amerika, England, Frankreich und Belgien teilgenommen haben.

Polens Friedenssucht

Amsterdam, 20. Juni. Die "Times" meldet aus Warschau, daß dort ein Vertrag eingetroffen sei, der Böllerbund beabsichtigt in der polnisch-russischen Frage zu intervenieren. Dieser Schritt würde in Polen mit Freuden begrüßt werden, da die übergroße Mehrheit der Bevölkerung den Frieden herbeisehne, wenn er auf ehrenvolle Weise erreicht sei.

Ruhrland

Paris, 20. Juni. Nach dem "Echo de Paris" soll Venin eine Aussöhnung der Republik mit den Sozialisten der Befreiungsstaaten als Bedingung den Anschluß an die Moskauer Internationale und Aufgabe jeglicher Propaganda zugunsten der 4. Internationale, sowie die Anerkennung des Rechts der Bolschewisten, ihre Propaganda fortzuführen, und Abgabe des Versprechens, die revolutionäre Aktion zu unterstützen, die sich daraus ergeben könnte, aufgestellt haben.

London, 20. Juni. Entgegen der gestern verbreiteten Meldung von einer breiten Konsens vereinbart Neuter, daß die Verhandlungen mit Krassins einen beständigen Verlauf nehmen. Krassins wird wahrscheinlich noch eine weitere Verhandlung mit dem britischen Minister haben, bevor diese nach Spa abreisen.

Ein Volksschafft für Außenhandel

Paris, 20. Juni. Nach einem Telegramm des Peitl Barrié aus Helsingfors wird durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret das Volksschafft für Industrie in ein solches für Außenhandel umgewandelt. Dieses Dekret hat somit die unabdingbare Kontrolle der Sowjet über den Warenaustausch und den Außenhandel zur Folge.

Die türkischen Nationalisten

Paris, 20. Juni. Wie Hayas aus Konstantinopel meldet, haben die Engländer Kubas, den Hafen von Brusa und das Postamt in Istanbul besetzt. Kemal Pascha hat einen Appell an die Mohammedaner erlassen, um religiösen Hass herzurufen.

Die Iren

London, 20. Juni. Als Vergeltung für die Entfernung des General Lucas haben Soldaten in Bismore mehrere Privathäuser und Geschäfte geplündert.

Das mesopotamische Abenteuer

Amsterdam, 20. Juni. Im Oberhaus sagt Lord Curzon, es sei völlig unmöglich, nach den von Lord Balfour vorgenommenen Vorschlägen mit Frankreich eine Regelung zu treffen, wonach England im Falle der Rücknahme Syriens durch Frankreich Mesopotamien aufzugeben würde. Aus Gründen der Ehre und Pflicht dürfe Mesopotamien nicht aufgegeben werden.

Persien

Amsterdam, 20. Juni. Die "Times" meldet aus Teheran: Die Streitkräfte von Kutsch Khan, dem Leiter der persischen Sowjetregierung, rücken von Reich in das Gebiet von Minander entlang der Südflanke des Kaspiischen Meeres vor und haben Tundukur erreicht. Ihre Absicht ist, Teheran unter Umgehung der britischen Stellung von Kadzvin zu erreichen. Russische Bolschewisten halten Tundukur besetzt.

Amsterdam, 20. Juni. Wie die Teheraner Verteidigung den "Times" meldet, ist der Rücktritt des Ministerpräsidenten Bissul auf Dau veranlaßt durch die Entwicklung, die die Dinge in Nordpersien genommen haben. Die Lage hat sich durch den Anschlag Dschagalts an die Bolschewisten noch verschärft.

Eine amerikanische Verfügung

Amsterdam, 20. Juni. Dem New Yorker Korrespondent der "Times" aufgezeigt hat die amerikanische Staatshandelskommission eine Verfügung erlassen, die in ihrer Wirkung einem Verbot der Kohlenausfuhr nach Europa gleichkommt. In der Verfügung wird bestimmt, daß die Staaten von Neu-England ein Verbot auf Kohle haben. Man erwartet aber, daß die Verfügung noch Abänderungen erfahren werde.

Überstunden der Rheinischen Schlifer

Obwohl die hebung der Produktion mit einer der wichtigsten und erfolgreichsten Wohnnahmen ist, um die chronische Warenknappheit in Deutschland zu beenden, waren es bisher leider nur die Bergarbeiter, die über ihre Arbeitszeit hinaus regelmäßige Überarbeitszeit leisteten. Um so erfreulicher ist es deshalb, daß jetzt auch den rheinischen Schlifffern ein ähnlicher Vertrag wie bei den Bergarbeitern zur Verpflichtung von regelmäßiger Überarbeitszeit aufgestellt worden ist. Am 24. Juni stand nun unter dem Vorstoß des Regierungsrats Dr. Bodensteink vom Reichsarbeitsministerium und des badischen Arbeitministeriums eine sofort zusammenzutretende Versammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen der rheinischen Schlifffabrik statt, in der nach längeren Aussprüchen folgender Vertrag geschlossen wurde:

Die Arbeitnehmer der rheinischen Schlifffabriksgesellschaften verpflichten sich

ten oder ihren Unterverbänden (Kirchengemeinden) auf Grund der für sie die Zeit bis zum 1. April 1920 maßgebenden Vorschriften erhoben werden ist, oder hätte erhaben können."

— Dippoldiswalde, 28. Juni. Die Talsperre Walter, die bereits dem Städtepost dient und auch sonstige Überlegungen bietet, soll nunmehr auch dem Segel- und Angelport nutzbar gemacht werden. Am 11. und 12. Juli d. J. findet dort unter der Beilegung des Dresdner Anglervereins ein großes Preiswettangeln statt, an dem sich bis zu 200 Angler beteiligen können. Teilnehmerkosten, die bis zum 5. Juli im Bahnhof zur Talsperre oder bei M. Seumer, Dresden, Schloßstraße 22, gelöst sein müssen, sind für beide Tage gültig. Bereits jetzt liegen zahlreiche Anmeldungen zu diesem Preiswettangeln vor.

— Döhlen, 1. J. 29. Juni. Tot aufgefundene wurde von Polizisten im Walde bei Eisenbrunn der 16jährige Gutsbesitzer Kurt Hummel aus Auerbach. Der junge Mann wurde bereits seit einer Woche vermisst und hatte am Dienstag voriger Woche die Wohnung seiner Eltern verlassen, um sich einzuhauen. Von diesem Gang war er jedoch nicht zurückgekehrt. Man nimmt an, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen und beraubt worden ist.

— Döhlen, 28. Juni. Am Sonntag wurde im nahen Walde bei Untereichen der 16jährige Hummel aus Auerbach ermordet und beraubt aufgefunden. Sein Haberab, ein Geldbeutel von 700 Mark und seine Gläserdeckel waren gerichtet worden. Als der Tot dringend verdächtigt ist ein 17-jähriger arbeitsloser Walbarbeiter verhaftet worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß Hummel durch drei Schüsse in den Kopf getötet worden ist.

— Bautzen, 29. Juni. Der Verband der Oberschänken läßt im Kreistaleine Stellte gegenwärtig hier unter dem Vorlage des Volkskammerpräsidenten Bräuerhoff seine Jahresversammlung ab. zunächst fand eine Versammlung der Geschäftsführer der einzelnen Kassen statt, in der beschlossen wurde, von der Herausgabe eines Leitfadens über die Geschäftsführer und Kostenführungen abzusehen. Ferner stimmte die Versammlung dem Antrag auf Einrichtung für die Kostenangestellten einstimmig zu. In der Tagung auf Einrichtung für die Jahresversammlung wurden innere Verbundangelegenheiten erledigt und die Jahresrechnung entgegengenommen. Zum Abschluß der Tagung wurde Stadtarzt Hugo Bittner gewählt. Aus Anlaß der Tagung fand eine von den Bautzener Oberschänken veranstaltete Vorstellung eines Films über Geschlechtskrankheiten und ihre Folgen statt, der vor der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten verfestigt war.

Aus Dresden

— Lebensmittelkartenlieferung für die Stadt Dresden siehe „Amtliche Bekanntmachungen“.

— Fleischversorgung in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche wird auf die Reichsfeldkarte Reihe „V“ Geflügelstück mit Knochen zu den in der Bekanntmachung enthaltenen Belastungen verteilt.

— Die Verteilungsstelle für Kleinkleidungsmittel befindet sich vom 1. Juli 1920 ab nicht mehr Gewandhausstr. 5, sondern am Markt 12, II. Obergeschoss, Zimmer 48 (älter Hotel Kaiserhof).

— Dresden Vogelwiese. Die Vorbereitungen für dieses volkstümliche Fest unserer Stadt sind im vollen Gang und werden in dieser Woche sich sicherlich steigern. Nachdem Sonnabendpunkt 12 Uhr wird der große Vogel aufgezogen und damit der volle Besitz des Festes feierlich eröffnet. Vogelfach ist in der Leidenschaft die Ansicht verbreitet, daß auch der Festwieso sei in diesem Jahre mit einem Glanzstück verbunden. Das ist ein großer Irrtum. Der Verleih auf dem gesamten Festplatz ist wie in früheren Jahren völlig unentgeltlich.

— Gegen die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete im besonderen Oberschlesiens und Ost- und Westpreußens

wird am Sonnabend, den 8. Juli eine Demonstration in Form eines Protestumzuges stattfinden, der sich um 8 Uhr am Spielplatz an der Venstraße in Bewegung setzen wird. Zur Teilnahme davon sind nicht nur alle Abstimmungsberechtigten, sondern alle gleichgesinnten Männer und Frauen von Dresden und Umgebung aufgerufen. (Siehe Inserat.)

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

— Ortsverband der katholischen Vereine Dresdens. Es sei nochmals auf die morgen, Donnerstag, den 1. Juli abends 8 Uhr im blauen Zimmer des Katholischen Gesellenhauses stattfindende Vertreterversammlung des Ortsverbandes der katholischen Vereine Dresdens auch hier hingewiesen. Es handelt sich um den II. Sächsischen Katholikentag in Leipzig. Eine schriftliche Einladung an die Vertreter ist diesmal nicht erfolgt, sondern nur durch die Anzeige in diesem Blatte. Volljähriges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

— Glauchau. Der 20. Juni war für die Gemeinde Glauchau ein unvergänglicher Feiertag, an welchem seit zehn Jahren zum ersten Male wieder der höchstwürdige Herr Bischof 78 Gemeindemitgliedern die hl. Firmung spendete. — Am Abend vorher wurde die hochw. Hl. Messe im Schloßhof durch den Herrn Grafen v. Schönburg-Glauchau begüßt; jerner hatten sich Herr Expositus Ewald, die katholischen Vereine, sowie zahlreiche Gemeindemitglieder zum feierlichen Empfang eingefunden, worauf eine Andacht folgte, bei welcher sowohl Herr Expos. Ewald als auch der hochw. Herr Bischof Dr. Lohmann eine Ansprache hielten. — Am anderen Tage zelebrierte der Herr Bischof die erste hl. Messe und teilte den schon sehr zahlreich erschienenen Gläubigen selbst die Kommunion aus. Um 10 Uhr wurde er alsdann im feierlichen Zug zur herlich geschmückten Kapelle geführt, wo Herr Expos. Ewald die hl. Messe las. Nach einer ergebenden Anpfiffen wendete der hochwürdige Herr dann die hl. Firmung. Feierlicher Gemeinde, Einzel- und Quartierfeier, sowie Gottesdienst verrichtete sowohl die Abendandacht als auch die Firmungsfeier, und ganz besonders Dank schulden wir dafür Herr Expos. Ewald, Fr. Pöhlke, Deubner und den Herren Oberlein, Pöhlke, Neiss und Organist Laue. Nach der Nachmittagsandacht und Meliorationsfeier veranstaltete die Gemeinde Glauchau zu Ehren ihres hohen Besuches eine schön verlaufene weltliche Feste, wobei wieder die obengenannten Damen und Herren, sowie vier jugendliche Tellermacherinnen und Herr Hans Deubner ein trefflicher Pianist miteinander wetteiferten, den Oberhaupten zu erfreuen. Diese Vorträge umrahmten verschiedene ernste Ansprachen; auch der hochwürdige Herr richtete noch einmal herzliche Worte an die Gemeinde.

Parteidienst

— Die neugegründete Leipziger Ortsgruppe der Sächsischen Demokratischen Partei hält am letzten Freitag ihre erste Versammlung ab. Die Einberufer gab einen Rückblick auf die Wahlen und betonte, daß das Rentamt gestorben in die Zukunft schauen könne. Darauf batte er allen Wahlherrn und Wahlvögeln, die unsere Partei zu einem entscheidenden Ergebnis verhalfen. Nun werden genährt als Vorsitzender Herr Lehrer Kastner, als Schriftführer Schulze Marianne Trilling und als stellvertretender Herr Altmannsleiter Anton Günther. Es wurde beschlossen, jährlich mindestens vier Versammlungen abzuhalten und 6 M. Beitrag zu zahlen. Vor den Handtagswahlen soll eine große öffentliche Versammlung abgehalten werden, bei der ein anständiger, namhafter Redner sprechen wird.

— Zu dem Fall Cone, der auf dem Reichsausschuß der Zentrumpartei einer eingehenden Behandlung unterzogen wurde, deren Resultat in einer neußt von uns veröffentlichten Resolution niedergelegt ist, hat nunmehr auch die Fraktion Stellung genommen und die Haltung des Reichsausschusses zu dieser Frage rückhaltlos genehmigt.

— Dresden Vogelwiese. Die Vorbereitungen für dieses volkstümliche Fest unserer Stadt sind im vollen Gang und werden in dieser Woche sich sicherlich steigern. Nachdem Sonnabendpunkt 12 Uhr wird der große Vogel aufgezogen und damit der volle Besitz des Festes feierlich eröffnet. Vogelfach ist in der Leidenschaft die Ansicht verbreitet, daß auch der Festwieso sei in diesem Jahre mit einem Glanzstück verbunden. Das ist ein großer Irrtum. Der Verleih auf dem gesamten Festplatz ist wie in früheren Jahren völlig unentgeltlich.

— Gegen die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete im besonderen Oberschlesiens und Ost- und Westpreußens

Ortsberband der katholischen Vereine Dresdens

Hierdurch lade ich die Vertreter der dem Ortsverbande der katholischen Vereine Dresdens angeschlossenen Organisationen zu einer

wichtigen Sitzung

für Donnerstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr in das katholische Gesellenhaus, Käuerstrasse 4 (blaues Zimmer) ein. Auf der Tagesordnung steht:

Teilnahme am

Zweiten Sächsischen Katholikentag in Leipzig.

Um vollzähliges Erscheinen wird dringend gebeten.
Der Vorsitzende des Ortsverbandes.

Ratholischer Verein erwerbstätiger Frauen und Mädchen, Dresden

Sonntag den 4. Juli, abends 7 Uhr
im katholischen Gesellenhaus, Käuerstrasse 4

Großer Theater-Abend „Im weißen Rößl“

Aufführung in zwei Aufzügen von Blumenthal
Unter gütiger Mitwirkung des Dramatischen Klubs „Blümler“
Eintritt 6 Uhr. — Satz an 2 M. beim Präses u. an der Abendkasse

Schirgiswalde

In die umgehende Bezahlung aller noch restlichen
Staats- und Gemeindestenner wird hiermit erinnert. Am 5. Juli 1920 wird das Rahmenverfahren eingeleitet und haben sämmtliche die entstehenden Kosten hierfür zu tragen.

Textils- und Schuhwaren,
welche auf Verschlußscheine bis zum 8. Juli 1920 in den befreiten Geschäften nicht abgeholt sind, werden anderweitig vergeben.

Gleichzeitig sei wiederholt darauf hingewiesen, daß das Bürgermeisteramt für den öffentlichen Verkehr nur in der Zeit von vormittags 8—1 Uhr und nachmittags 5—6 Uhr, Sonntags durchgehend von 8—2 Uhr geöffnet ist.

Schirgiswalde, den 30. Juni 1920.

Der Bürgermeister.

Kirchliches

(Eigener Drahtberichter „Sächs. Volkszeitung“)
k Berlin, 30. Juni. Der fürstbischöfliche Delegationsprälat Kleinleinwand gedenkt wegen zunehmender Alters und stark geschränkter Gesundheit demnächst sein Amt niederlegen und sich mit Genehmigung des Kardinal-Königlichen Hofes in den Niederschlesien anzulegen. Er hat reichlich 15 Jahre an der Spitze der Delegationsverwaltung gestanden.

Männerapostolat

Ganz gewiß hat die Missionserneuerung ebenso wie die hl. Mission selbst die Herzen der Mitglieder des eucharistischen Männerapostolates wiederum ganz bedeutend erfüllt, und ihren Tiefen belebt und beschert.

Der kommende Sonntag wird das zweitliche gewesen. Die Bedeutung des eucharistischen Männerapostolats für das Gemeindeleben war in Dresden während der Tage der Missionserneuerung sehr gut wahrgenommen. Auch an den Werktagen gingen so viele Männer zur Messe. Kommunion. Die Zahl der häufig kommuniierenden Männer wächst in unseren Gemeinden. Der einzelne braucht sich nicht mehr vereinzelt zu fühlen. Auch an den Sonntagen, die nicht durch eine apostolische Kommunion ausgesetztes sind, sind es mehr und mehr Männer, die durch ihren Anteil zum hl. Messe die Gemeinde erfüllen und ihr ein Beispiel geben. Wenn die Schar der Männer, die besonders an leichten Sonnabend in Dresden an den Beichtstühlen so gebildig warnte, so groß war, dann ist das sicherlich auch den Beispiel der Mitglieder des eucharistischen Männerapostolates zu danken. So oft haben die Patres Oblaten, auch im Privatgebet sich dahin geäußert, daß die Katholiken Dresden stolz sein dürften auf die vielen, die im Männerapostolat sich zusammengetan, um zur Erneuerung des religiösen Lebens beizutragen.

Wedge das eucharistische Männerapostolat nun auch weiterhin seinen hohen Aufgaben dienst. Es ist nicht die hohe Mission und nicht die Nahrungsmission. Aber allmonatlich soll die Schar der Männer, die zum Thalle des Herrn geweihten hinzu treten, den andern Vorblatt und Aufmerksamkeit finden. Im Mittelpunkt der demnächstigen Vorblatt und Aufmerksamkeit steht der Vater, das gekreuzte Mitglied des eucharistischen Männerapostolates. Er mag Mission in Familie und Gemeinde für und für. Er mit der Mutter im Verein, der beste Helfer und Missionar und Seelsorger neben dem geweihten Priester. Es möge noch geschehen, daß Männerapostolat, es möge sich steigern sein Einfluss auf meine Gemeinden.

Evo

Vorauslagen

Gruppenwahl, 1. Juli 8 Uhr nachmittags: 1. Oberstaatsrat Wolpolz; 2. Oceana, Harten; 3. Sonnagsmädel, Minna; 4. Güttner, Maße, Quetschel; 5. Warbat, Auerbach; 6. Ochs, Gundorf; 7. Hößler, Larissa.

Neuk., 1. Juli, 3 Uhr nachmittags: 1. Leutnant, Widerstand; 2. Harpune, Weiß; 3. Ochs, Maak; 4. Atlas, Wörth; 5. Röhl, Kärtner; 6. Sandratte, Gäßler; 7. Wellenfels, Royal Blue.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauschaffr. Paul Heßlein; für den Inserenteil: Peter Schröder. — Erstdruck und Verlag der Saxonie-Verlagsgesellschaft G. m. b. H. zu Dresden.

BAD SCHWARZBACH Iser-Gebirge

KURHAUS Bade- und Trinkkur im Hause Kurzeit 1. Mai bis 15. Oktober
Bürogäste Zimmer Besitzer: C. M. Chrometzka Badeverwaltung
Gäste-Verein

Priester-Exerzitien an der Ostsee Stella Matutina zu Misdroy

unter der bewährten Leitung des R. B. P. Röder C. S. R.
vom 20. bis 24. September 1920 vormittags.

Anmeldungen rechtzeitig erbitten an die Leitung des Erholungsheims: Stella Matutina in Misdroy (Pommern). Wegen der vorgesetzten Jahreszeit und dem kühlen Seeklima achtet man auf hinreichend warme Kleidung. Pensionspreis 20 bis 30 Mark täglich.

Strümpfe

Lager in Strümpfwaren, Trikotagen. Mechanische Strickerei Osk. Köhler, Strümpfwirk-Mstr. Dresden, Alaunstr. 14.

Amtliche Bekanntmachungen

Fleischversorgung in der Stadt Dresden

vom 28. Juni bis mit 4. Juli 1920

Es erhalten auf die Reichsfeldkarte Reihe „V“
Personen über 6 Jahre auf die Marken 1 bis 10 250 g
Kinder bis zu 6 Jahren auf die Marken 1 bis 5 125 g
Geflügelstück mit Knochen.

Der Preis für Geflügelstück mit Knochen beträgt 9.70 M., für Geflügel 10.70 M. für das Pfund bei Abgabe an den Verbraucher.

Dresden, am 29. Juni 1920. Der Rat zu Dresden.

Nährmittelverteilung

§ 1. a) Abhölfen 51 der gelben Nährmittelkarte A 1/2 Pfund Roiback oder Roibackbündel oder Reis oder Reisbruch zum ausgebrücktem Preis und 1/2 Pfund Haferflocken,
b) Abhölfen 51 der roten Nährmittelkarte B 1 Pfund Haferflocken,
c) Abhölfen 51 der grünen Nährmittelkarte C 1 Pfund Haferflocken,
d) Abhölfen 51 der blauen Nährmittelkarte D 1 Pfund Haferflocken.

Die Haferflocken kosten 2 M. 40 S. das Pfund.

§ 2. Einwendung beim Kleinhändler: 30. Juni und 1. Juli 1920.

§ 3. Als Wiederkäufer sind eingetragen:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Alstadt: die Firmen

Wachs & Flöhner, Wallgäßchen 4,
für Geschäftsinhaber in Dresden-Neustadt: die Firmen
Mojak & Waldmuss, Kleine Bachstr. 3, Probst
mann & Co., Königsbrüder Straße 6.

§ 4. Abgabe an die Verbraucher: 8. Juli 1920.
§ 5. Ruhüberhandlungen: Bundesratsverordnung vom 26. September 1915.

Dresden, am 29. Juni 1920. Der Rat zu Dresden.

Prima Schweineschmalz Pfd. 21 Mk.

Mindestabnahme 25 Pfd.

Prima Rindsfett Pfd. 20 Mk.

Mindestabnahme 16 Pfd.

sofort lieferbar ab Leipzig.

Schrader, Leipzig-Reudnitz, Oswaldstraße 24.

Auf alle abstimmberechtigten Oberschlesier und Ost- und Westpreußen von Dresden und Umgebung zur Teilnahme an einem großen Protestumzug gegen die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete, im Besonderen Oberschlesiens und Ost- und Westpreußens, und deren deutschgesinnte Bevölkerung durch die gegnerischen Mächte,

am Sonnabend, den 3. Juli 1920

3 Uhr nachmittags.

Weiter werden zur Teilnahme aufgerufen alle gleichgesinnten Männer und Frauen von Dresden und Umgebung.

Landesleute und deutsch-fühlende Kollegen, kommt in Waffen! Es gibt zu zeigen, daß Verständnis vorhanden ist für die Bedürfnisse unserer Brüder und Schwestern in den bedrohten Gebieten.

Verein der Schlesier Verein der Ost- u. Westpreußen

Arbeitsgemeinschaft für die Grenzspende.